



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 9. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

M 557 Motion Pardini Giorgio und Mit. über eine Digitalisierungsstrategie für den Kanton Luzern / Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Giorgio Pardini ist nicht mehr im Rat vertreten. Die Motion wird von Jörg Meyer übernommen. Jörg Meyer hält an der Motion fest.

Jörg Meyer: Es gibt keinen Grund dafür, warum der Regierungsrat nur die teilweise Erheblicherklärung beantragt. Eigentlich spricht nichts gegen die Erheblicherklärung, denn die Regierung selber bestätigt den Inhalt der Motion. Sie plant, ein übergreifendes Portal zu etablieren, und scheinbar wurde bereits Ende 2017 ein entsprechender Projektauftrag erteilt. Zudem will die Regierung inskünftig im Rahmen von Jahresberichten eine Berichterstattung an unseren Rat vornehmen. Vielleicht erklärt die Regierung die teilweise Erheblicherklärung aber mit der Abgrenzung zu den ausgelagerten Einheiten, wie beispielsweise der Luzerner Kantonbank oder dem Luzerner Kantonsspital. Im Gegensatz zu uns will sich die Regierung in der Digitalisierungsstrategie dieser Frage nicht widmen. Unserer Meinung nach wäre es ein fataler Fehler, wenn genau diesem Bereich keine Beachtung geschenkt würde. Würde das Luzerner Kantonsspital oder ein Heim mit Security-Problemen konfrontiert, wäre der Kanton sehr wohl davon betroffen. Ich hoffe, dass genau dieser Grund Sie darin bestärkt, die Motion erheblich zu erklären. Die Motion kann zudem erweitert werden. Beim Thema Digitalisierung ist es falsch, zuerst Ab-, Ein- und Ausgrenzungen vorzunehmen, denn die Digitalisierung durchdringt querschnittsmässig alle Bereiche. Wenn wir bei unseren eigenen Verwaltungscomputern hängen bleiben, gehen wir zu wenig weit. Eine wirkliche Digitalisierungsstrategie muss breit angelegt sein und die ganze Gesellschaft umfassen. Ich bitte Sie, die Motion erheblich zu erklären.

Simon Howald: Die GLP-Fraktion zählt die Digitalisierung zu ihren Kernthemen. Sie unterstützt grundsätzlich den digitalen Weg, um zahlreiche Dienstleistungen des Kantons für die Bevölkerung und Partnerorganisationen langfristig effizienter, kostengünstiger und möglichst unabhängig von einschränkenden Öffnungszeiten anzubieten. Eine übergeordnete Strategie für die digitale Transformation des Kantons Luzern macht absolut Sinn, um die relevanten Handlungsfelder und die entsprechenden Priorisierungen aufzuzeigen. Zusätzlich sollen aus Sicht der GLP die zu diesem Zweck für die nächsten Jahre benötigten finanziellen und personellen Investitionen im geforderten Planungsbericht aufgezeigt werden. Dabei soll das Kosten-Nutzen-Verhältnis stets im Auge behalten werden und der Datenschutz zu jeder Zeit gewahrt sein. In welcher Ausgestaltung es eine entsprechende Anlaufstelle braucht, sollte mit Vorschlägen bezüglich benötigter Tätigkeiten und Dienstleistungen konkretisiert werden. Ein Blick über die Kantonsgrenze kann in diesem Fall einen wertvollen Mehrwert bringen. Die Stadt Luzern hat sich das Ziel gesetzt, beim Thema Digitalisierung eine Vorreiterrolle einzunehmen und hat für diesen Zweck entsprechende Stellen geschaffen. Aus der Sicht der GLP ist es wichtig, dass sich der Kanton und die Gemeinden bei diesem

Thema gegenseitig aufeinander abstimmen, damit Doppelspurigkeiten vermieden und Synergien genutzt werden können. Die GLP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung der Motion und fordert eine separate Berichterstattung ausserhalb des Jahresberichts mit periodischen Fortschrittskontrollen, um der Wichtigkeit dieses Themas gerecht zu werden.

Daniel Rüttimann: Alle sprechen von Digitalisierung, aber niemand weiss so genau, was eigentlich genau damit gemeint ist. Die CVP-Fraktion kann die Forderungen der Motion nachvollziehen und erwartet mit Spannung die Erkenntnisse aus der vom Regierungsrat bestellten Digitalisierungsstrategie. Diese Strategie soll aufzeigen, welche Strukturen und Prozesse in der Verwaltung bewusst angepasst werden sollen und wie Dienstleistungen noch bürger- und wirtschaftsfreundlicher angeboten werden können. Für die CVP-Fraktion ist der Jahresbericht letztlich jedoch die richtige Form, um über die Umsetzung dieser Massnahmen und Projekte zu informieren. Unserer Beurteilung nach braucht es dazu keinen zusätzlichen Bericht. Die CVP-Fraktion stimmt daher der teilweisen Erheblicherklärung der Motion zu.

Vroni Thalmann-Bieri: Die SVP-Fraktion stimmt grossmehrheitlich der Erheblicherklärung zu. Die Digitalisierung schreitet schnell voran, und es entstehen Schnittstellen, die immer gleiche Abklärungen und Abmachungen erfordern. Um solche Mehrspurigkeiten zu eliminieren, braucht es eine Gesamtschau, auch im Kanton. Die wichtigen Abklärungen sollen unserem Rat mittels einer separaten Berichterstattung vorgelegt werden, damit wir die Weiterentwicklung der Digitalisierung entsprechend würdigen und lenken können.

Rahel Estermann: Die in der Stellungnahme der Regierung angekündigte Digitalisierungsstrategie ist eine vergebene Chance. Die Regierung schlägt ein Effizienzprogramm für Verwaltungsprozesse vor, es geht um E-Government und Informatik. In den Ausführungen werden zwar gesellschaftliche Voraussetzungen wie Bildung und Datenschutz erwähnt, diese sollen dann aber in der Strategie höchstens eine kleine Nebenrolle spielen. Die Regierung verkennt damit die vielfältigen Konsequenzen der Digitalisierung. Die Rolle des Staates in unserer Gesellschaft und in der Wirtschaft und Kultur wird sich verändern. Der Kanton muss über seine Strukturen und die kantonale Verwaltung hinausdenken. Er soll koordinierte Handlungen mit privaten und gesellschaftlichen Akteuren eingehen. Bei der Umgestaltung der Verkehrssysteme mit smarterer Mobilität hat der Kanton eine Rolle und einen Einfluss auf öffentliche Verbände und Institutionen. Der Kanton verfügt über sehr viele Daten. Bei einigen – wie zum Beispiel bei den Personendaten – werden Sicherheit und Schutz zu einer immer grösseren Herausforderung. Andere Daten, wie die Open Data, können der Wirtschaft und Öffentlichkeit nützlich sein. Open Government Data ist heute weitgehend als Innovationsfaktor erkannt. Der Kanton Waadt beispielsweise widmet der Datenpolitik in seiner Digitalisierungsstrategie einen eigenen Abschnitt. Der Kanton St. Gallen hat vor Kurzem eine Bildungsoffensive auf allen Ebenen gestartet, dazu gehört eine digitale Plattform in der Berufsbildung. Dabei sollen Lehrbetriebe, Berufsfachschulen und Branchenverbände zusammenarbeiten und beispielsweise massgeschneiderte Ausbildungsprodukte erarbeiten und innovative Lernsettings testen. Diese Beispiele zeigen, dass der Kanton nicht alles selber machen muss. Wir sind nicht für eine vom Staat verordnete Digitalisierung, aber das digitale Zeitalter ist das Zeitalter der Vernetzung und der Koordination. Nicht über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen, ist eine vergebene Chance. Wir wollen eine umfassende digitale Strategie, daher stimmt die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen der Erheblicherklärung der Motion zu.

Franz Räber: Wenn Sie einen schlechten Prozess digitalisieren, haben Sie danach einfach einen schlecht digitalisierten Prozess. Im Kanton Luzern werden die Prozesse aber dauernd optimiert, denn es handelt sich dabei um einen Dauerauftrag. Bezüglich Digitalisierung wird im Kanton schon viel gemacht. Die Regierung hat bereits 2003 eine IT-Strategie und 2010 eine E-Government-Strategie in Auftrag gegeben. Die finanzielle Notsituation und die Organisationsentwicklung 2017 (OE17) haben zu einem digitalen Kanton geführt. Die wichtigsten Grundlagen – die Prozesse für eine Digitalisierungsstrategie – wurden also geschaffen. Das Thema ist aber zu wichtig, um

einfach abzuwarten, daher müssen wir die uns bekannten Prozesse in die Digitalisierungsstrategie integrieren. Wir müssen mit den uns bekannten Prozessen starten. Beim Überarbeiten der Prozesse handelt es sich um einen Dauerauftrag. Ich bin überzeugt, dass die laufenden Erweiterungen in die Digitalisierungsstrategie einfließen werden. Eine Berichterstattung über die Digitalisierung im Rahmen des Jahresberichts genügt der FDP-Fraktion. Wir sind der gleichen Ansicht wie die Regierung und wollen im Moment für die laufende Berichterstattung keine zusätzlichen Stellen schaffen. Die FDP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung der Motion zu.

Jörg Meyer: Das einzige Argument, die Motion nur teilweise erheblich zu erklären, ist die separate Berichterstattung. Wir fordern keine separate jährliche Hochglanzbroschüre, sondern die Berichterstattung kann durchaus im Rahmen des Jahresberichts erfolgen.

Michael Kurmann: Ich vertrete eine Minderheit der CVP-Fraktion, die der Erheblicherklärung der Motion zustimmt. Uns ist eine gesamtheitliche Betrachtung des Themas wichtig, und wir erachten den Blick über den Tellerrand hinaus als sinnvoll. Über die Form der Berichterstattung kann durchaus diskutiert werden, ob drei Zeilen im Jahresbericht aber ausreichen, sei dahingestellt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Der Kanton Luzern blickt sehr wohl über den Tellerrand hinaus, so arbeitet er im Rahmen von E-Government etwa mit den Gemeinden zusammen. Der Kanton pflegt aber auch einen regelmässigen Austausch mit der Wirtschaft, insbesondere im Bereich Cybersecurity. Wir sind aber klar der Meinung, dass wir eine gewisse Flexibilität aufrechterhalten wollen. Uns ist es ein Anliegen, dass die Departemente flexibel vorgehen und gewisse Themen auf Departementsebene abgebildet, entwickelt und festgeschrieben werden können. Unserer Meinung nach wäre es falsch, immer die übergeordnete kantonale Strategie entsprechend anpassen zu müssen. Die teilweise Erheblicherklärung begründen wir mit den ausgelagerten Einheiten. Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn, wenn wir beispielsweise mit dem Luzerner Kantonsspital (LUKS) über das Patienteninformationssystem diskutieren. Das LUKS braucht die notwendige Freiheit und Flexibilität, um solche Projekte eigenständig vorantreiben zu können, ohne dass wir in unserer Strategie Vorgaben dazu machen. Beim LUKS handelt es sich um eine ausgelagerte Einheit mit der entsprechenden Verantwortung, diese Tatsache respektieren wir. Wir sind deshalb klar der Meinung, dass es falsch wäre, die Motion erheblich zu erklären. Wir haben diese Einheiten ausgelagert, und das nun nicht konsequent zu leben, ist falsch. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, die Motion teilweise erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt die Motion mit 53 zu 52 Stimmen erheblich.